



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Interessen von Dolmetschern und Übersetzern bei der Einführung der E-Akte und Beeidigung nach GDolmG berücksichtigen

Aktuell seit 04.05.2026 10:39:03

Angegeben von:

Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) (R003523) am 22.07.2025

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Beauftragung von D & Ü und die Übermittlung schriftlicher Texte verpflichtend ausschließlich über ein bes. elektron. Sprachmittlerpostfach erfolgen; dass der Zugang zu qualifizierten Ü & D im Strafvollzug gewährleistet wird; dass die Kapazitätsengpässe der Staatlichen Prüfungsstellen durch Verlängerung Übergangsfrist des GDolmG und die Anerkennung von Dolmetschprüfungen an einschlägigen Hochschulen als fachlicher Eignungsnachweis behoben werden.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1852 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und über die allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern sowie zur Änderung des Stiftungsregisterrechts

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und die allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern (Vorgang)

Betroffene Interessenbereiche (27)

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#)
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)
Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)
Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)
Extremismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)
Integration [\[alle RV hierzu\]](#)
Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#)
Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#)
Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)
Migration [\[alle RV hierzu\]](#)
Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)
Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#)
Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)
Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)
Strafrecht [\[alle RV hierzu\]](#)
Terrorismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)
Solo-/Selbstständige

Betroffene Bundesgesetze (2)

[GDolmG \[alle RV hierzu\]](#)
[StVollzG \[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2507220029 \(PDF - 10 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Versendet am 13.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]